

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

72. Sitzung
15. Juni 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.43 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Tamara Lüdke (SPD) stellt folgende von ihrer Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Nachdem nun die Länder Berlin und Brandenburg eine gemeinsame Bewerbung über die Durchführung einer Weltausstellung (EXPO) 2035 mit einem möglichen Ausstellungsgelände in Schönefeld prüfen, wie bewertet der Senat die wirtschaftlichen Chancen der EXPO für die Metropolregion?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) geht davon aus, dass eine Weltausstellung einen erheblichen wirtschaftlichen Schub in die Region brächte und die touristische Attraktivität verstärkte. Bei einer Expo seien eine sechsstellige Besucherzahl täglich, eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von bis zu 10 Mrd. Euro und erhebliche positive Auswirkungen auf die verkehrlichen und baulichen Rahmenbedingungen, insbesondere beim Anschluss des Geländes, zu erwarten. Sie begrüße die Vereinbarung zwischen dem RBm und dem brandenburgischen Ministerpräsidenten zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die eine mögliche gemeinsame Bewerbung auslote und bewerte. Beide Wirtschafts- und Finanzressorts sollten zusammenarbeiten. Die Federführung für Berlin liege bei SenWiEnBe. Sie höre, dass dies in Brandenburg auch beim Wirtschaftsministerium sein solle. Es werde ein politisches Treffen der

vier Minister bzw. Senatoren vorbereitet. Zudem werde die Einsetzung eines Lenkungskreises EXPO 2035 vorbereitet. Sie gehe von der Möglichkeit aus, dass der Hauptstandort in Schönefeld in der Nähe des Flughafens sei und weitere Satellitenorte in Berlin und Brandenburg existierten. Ziel sei, im September zu einem ersten gemeinsamen Konzept zu kommen, das durch beide Landesregierungen bewertet werden könne.

Damiano Valgolio (LINKE) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Wie bewertet der Senat, dass nach dem Vorhaben der Koa und der Anhebung der Wertgrenzen für fast 90 % der öffentlichen Bauaufträge § 5 BerlAVG (Mittelstandsförderung und Ausschreibung in Teillosten) nicht mehr gilt?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, im letzten Jahr habe es 1 043 Aufträge für Bauleistungen mit einem Auftragswert zwischen 50 000 und 500 Euro gegeben, was 87 Prozent aller 2025 gemeldeten Bauleistungsaufträge entspreche. Bei der Anhebung der Wertgrenzen des BerlAVG für Bauaufträge sei dies mit Blick auf den Losgrundsatz in § 5 unschädlich. Für Ober- und Unterschwellen gebe es wortgleich geltende Regelungen auch unterhalb der neuen Wertgrenzen. Der Losgrundsatz beziehe sich auch auf Bauaufträge unterhalb des Anwendungsbereichs des BerlAVG. Die Geltung des § 5 werde nicht angetastet. Die unmittelbare Landesverwaltung könne sich im Wege der Selbstbindung der Verwaltung auch unterhalb der Schwellen des BerlAVG auf den Losgrundsatz verpflichten. Für die mittelbare Landesverwaltung richte sich die Losvergabe bei Bauleistungen im Unterschwellenbereich ausschließlich nach der VOB/A, Abschnitt 1. Auch bundesgesetzliche Regelungen seien zu beachten. Der Schluss, dass bei 87 Prozent der Bauleistungsaufträge automatisch keine Losvergabe mehr erfolge, sei nicht korrekt.

Damiano Valgolio (LINKE) führt an, dass § 5 und die dortige Regelung zur Teillostausschreibung für 87 Prozent der Bauaufträge nicht mehr gelte. In welchen anderen landesgesetzlichen Regelungen sei die Teillostausschreibung dennoch vorgeschrieben?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, das VgBeschG werde am 1. Juli in Kraft treten. Dort werde der Losgrundsatz für die Oberschwelle künftig in § 97a GWB geregelt. Der Verweis in § 5 Abs. 1 BerlAVG sei dann nicht mehr zutreffend. Mittelständische und andere besondere Interessen seien weiterhin bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu berücksichtigen. Leistungen seien in der Menge in Teilloste aufgeteilt und nach Art oder Fachgebiet getrennt in Fachlosen zu vergeben. Nach § 97a Abs. 3 dürften auch mehrere Teil- oder Fachlose zusammen vergeben werden. Dies bedeute aber nicht, dass der Losgrundsatz aufgehoben werde. SenWiEnBe könne dies gerne noch einmal schriftlich ausführen.

Dr. Alexander King (fraktionslos) stellt folgende Frage:

„Am Freitag hat der Freistaat Thüringen im Bundesrat einen Antrag auf Aussetzung der CO₂-Steuer eingebracht. Das ist eine Maßnahme, die Bürgern und Wirtschaft sehr helfen würde und die deswegen ja auch vom Regierenden Bürgermeister immer stark befürwortet wird. Kann man daraus schließen, dass Berlin dem thüringischen Antrag beitreten oder ihn zumindest im Bundesrat unterstützen wird?“

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) bestätigt die Einbringung des Antrags, der in die Ausschüsse verwiesen worden sei, da es um eine langfristige Perspektive gehe. Nach Meinung des Senats sei der Antrag nicht reif für eine sofortige Sachentscheidung. Die CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe finanziere eine Reihe von Maßnahmen im Klimatransformationsfonds der Bundesregierung, sodass deren Abschaffung bedeutete, dass Finanzierungsquellen bspw. für die Wärmesaniierung und die Transformation der Industrie nicht mehr zur Verfügung stünden. Insofern müsse darüber in den Ausschüssen beraten werden. SenWiEnBe werde gerne darüber informieren, wie dies am Ende ausgegangen sei.

Dr. Alexander King (fraktionslos) greift auf, dass sich der Senat in der Abstimmung über eine sofortige Sachentscheidung enthalten habe. Sei dies ein Hinweis darauf, dass sich der Berliner Senat bzw. die Koalitionsparteien CDU und SPD nicht einig seien, wie mit der Forderung nach Aussetzung der CO₂-Steuer umzugehen sei?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erklärt, es sei nicht um die inhaltliche Befassung, sondern um die sofortige Entscheidung im Plenum gegangen. Da der thüringische Antrag eine langfristige Prüfung und nicht eine unmittelbare Entscheidung beinhalte, sei es aus Sicht des Senats sinnvoll gewesen, den Antrag in den Ausschüssen zu beraten.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Nachdem die Senatorin in der letzten Woche auf einer Reise war, möchte ich ihr die Gelegenheit geben, dazu zu berichten, und sie fragen, welche Schwerpunkte sie dort insgesamt vorhatte.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, mit dem Internationalisierungskonzept habe man sich über die USA und China hinaus ausgerichtet. Die Zusammenarbeit mit Indien sei vertieft, ein Berliner Büro in Bengaluru eröffnet worden. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Lateinamerika, insbesondere zu Brasilien nähmen zu. Man habe mit einer Delegation von Unternehmen Rio de Janeiro und als Schwerpunkt die Start-up-Metropole São Paulo besucht, wo die Felder mit Berlin vergleichbar seien. Es sei um die Zusammenarbeit im Fintechbereich gegangen. Man habe Kontakt zu Bayer und Siemens gehabt. São Paulo wünsche sich eine vertiefte Zusammenarbeit und eine Städtepartnerschaft mit Berlin. Man habe ein MoU für die Zusammenarbeit im Innovations- und Technologiebereich unterzeichnet, auch mit den Universitäten. In Rio de Janeiro habe man das Zentrum für Krisenmanagement, Katastrophenschutz und Resilienz besucht. Das Krisen- und Katastrophenmanagement sei dort beispielhaft. Berlin wolle ähnliche Dinge vorantreiben und den Katastrophenschutz stärken.

Man habe auch die Zentralbank besucht. 90 Prozent der brasilianischen Bevölkerung nutzten inzwischen das Zahlungssystem Pix, das unabhängig von den USA laufe und für den Fintechbereich sehr spannend sei. Es sei eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem brasilianischen Bundesverband der Industrie, Fraunhofer-IPK und Berlin Partner unterzeichnet worden. Über das Programm für Internationalisierung werde man ein Landing Pad für Unternehmen aus Brasilien ermöglichen, die in Berlin investieren wollten. Berlin habe auf dem Web Summit Rio gepitcht; Berliner Unternehmen hätten sich vorgestellt. Auch Bayern habe die Wachstumspotenziale dort erkannt. Die Einflussnahme Chinas sei sehr stark. In der nächsten Legislaturperiode sollte man in Berlin ein verstärktes Engagement prüfen.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Wie bewertet der Senat die Meldung vom Wochenende, dass EUREF-Chef Reinhard Müller sich mit seinem EUREF-Campus vom Netzwerk der Berliner Zukunftsorte zurückziehen will und das mit den mangelnden Klimaschutzambitionen des Landes begründet?“

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erklärt, dass er den Ausstieg des EUREF-Campus aus dem Programm der Zukunftsorte sehr bedauere. Dem sei ein langer Prozess über anderthalb Jahre vorausgegangen, in dem SenWiEnBe die Zukunftsorte darum gebeten habe, sich selbst auf den Weg zu machen und gemeinsame Identifikationsmerkmale für Zukunftsorte in Berlin zu identifizieren. Das Netzwerk müsse nach Auslaufen der dritten GRW-Förderperiode für sich entwickeln, wie es in dieser Phase weitergehe. Klimaschutzmaßnahmen spielten eine wichtige Rolle. Die Vereinbarung der Zukunftsorte enthalte ein Bekenntnis zur Klimaneutralität deutlich vor 2045. Zukunftsorte seien nicht nur Einheiten des Landes Berlin, sondern auch private Akteure, die eigenständige Entscheidungen trafen. Eine Orientierung am Klimapakt, der eine Vereinbarung zwischen dem Land Berlin und seinen Landesunternehmen sei, sei daher nicht passfähig. Die Zukunftsorte arbeiteten seit drei Jahren intensiv daran, Energieeffizienz- und Klimamaßnahmen umzusetzen, was SenWiEnBe finanziell gefördert habe. Deshalb sei nicht zutreffend, dass sich die Zukunftsorte nicht für Klimaschutz interessierten. Hier scheine es verschiedene Perspektiven auf die Arbeit der Zukunftsorte zu geben.

Christoph Wapler (GRÜNE) führt an, die Kritik sei, dass sich die landeseigenen Vermieter hinter den Klimaschutzvorgaben der Bundesebene versteckten und keine eigenen Ambitionen hätten. Welche Rolle spiele der Senat dabei?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) äußert, der Austritt sei von allen anderen Partnern der Zukunftsorte mit großer Irritation zur Kenntnis genommen worden. Es handele sich um eine individuelle Entscheidung. Mit dem neuen Gesundheitsquartier in Mitte sei ein weiterer Zukunftsort in das Netzwerk aufgenommen worden. Es gebe ein großes Interesse daran, Zukunftsort zu werden. Alle Zukunftsorte beschäftigten sich mit Klimaschutz und Zukunftsthemen. Die Frage von landeseigenen Vermietern sei erst mal unabhängig zu sehen von einem Konzept für einen Zukunftsort. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen seien im Klimapakt. Die Akteure der Zukunftsorte seien private Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3243

[0314](#)
WiEnBe

Gesetz zur Neuregelung des Gaststättenrechts im Land Berlin

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 01.06.2026

Christoph Wapler (GRÜNE) sagt, vieles sei gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Es hätte dem Gesetzentwurf gutgetan, sorgfältiger und in einem längeren Prozess aufgesetzt zu werden, insbesondere wären noch ein paar Gesprächsrunden mit den Bezirken gut gewesen. Dies betreffe die sog. Ausgehviertel, die der Senat festlege, wobei unklar sei, nach welchen Kriterien. Bei der Umsetzung würden die Bezirke alleingelassen. Dies betreffe auch Anzeigepflicht statt präventiver Auflagen, was zu mehr Aufwand und nachgelagerten Kontrollen führen werde. Der Wille, die Gastronomie in Berlin zu entlasten, sei richtig. Bei sorgfältiger Arbeit wäre „mehr drin gewesen“. Seine Fraktion werde sich in der Abstimmung enthalten.

Frank-Christian Hansel (AfD) kündigt ebenfalls Enthaltung an, weil der Gesetzentwurf „in Sachen Wirte“ nicht weit genug gehe. Es gebe ein Gastronomiesterben. Eine Anzeigepflicht sei besser als Genehmigungsverfahren, aber immer noch Bürokratisierung, die durch Digitalisierung auf eine andere Plattform gehoben werde. Das Gesetz sei ein Schritt in die richtige Richtung, komme aber zu spät und gehe nicht weit genug.

Jörg Stroedter (SPD) begrüßt den Gesetzentwurf. Der Vorhalt, dass man ihn früher hätte machen können, treffe auch andere Koalitionen zuvor. Es sei sinnvoll, dass SenWiEnBe die Auswahl vornehme, damit man bezirksübergreifend zu einheitlichen Regelungen komme. Nach dem Inkrafttreten sei noch genügend Zeit für eine Debatte mit den Bezirken, denn in diesem Sommer komme die Neuregelung nicht mehr zum Einsatz.

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, dass sich seine Fraktion enthalten werde. Die Kritikpunkte seien in der Anhörung ausführlich diskutiert worden. Es sei falsch, die Schulungspflicht für Wirte aufzuheben. Es erscheine zweifelhaft, dass die nachträgliche Kontrolle neu gegründeter Gaststätten durch die Bezirksämter aufgrund ihrer personellen Situation genauso effektiv sein werde. SenWiEnBe wolle sich bei der Festlegung der Ausgehviertel eng mit den Bezirken abstimmen und die nachträgliche Kontrolle hinbekommen.

Lucas Schaal (CDU) signalisiert Zustimmung. Dass sich die Opposition enthalte und den Gesetzentwurf nicht ablehne, zeige, dass es sich um einen guten Schritt in die richtige Richtung handle. In Ausgehvierteln solle es möglich sein, Außengastronomie im Sommer länger zu betreiben, damit Berlin hier so attraktiv wie andere Weltstädte sei, wobei es auch Lärm- und Anwohnerschutz gebe. Er erwarte die Umsetzung spätestens im nächsten Sommer.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme des Antrags Drucksache 19/3243 zu empfehlen. Eine entsprechende dringliche Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0311](#)
Fahrplan der Dekarbonisierung der Berliner WiEnBe
Fernwärme: Zeitabläufe und Umsetzungsstand
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0301](#)
Zukunft der Berliner Fernwärme – soziale und WiEnBe
ökologische Auswirkungen des neuen
Dekarbonisierungsfahrplans der BEW
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0272](#)
Potenziale der Geothermie für die Wärmewende in WiEnBe
Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.03.2026

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ohne Aussprache ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0271](#)
Chancen der Wasserstofftechnologie erforschen und WiEnBe
entwickeln
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.02.2026

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ohne Aussprache ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.